

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Krista Sager, Sylvia Kotting-Uhl, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Britta Haßelmann, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Tabea Rößner, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen – Bildungsaufbruch unverzüglich einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Unser Bildungssystem ist ungerecht, unterfinanziert und bringt soziale Spaltung statt gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen für alle. Mit ihren bundesweiten Protesten haben Schülerinnen, Schüler und Studierende ein starkes Zeichen für den notwendigen Kurswechsel in der Bildungs- und Hochschulpolitik gesetzt. Sie sind die Leidtragenden von schlechten Lernbedingungen an Schulen und Hochschulen sowie von unzureichenden Bildungsreformen. Der zweite Bildungsstreik innerhalb eines Jahres zeigt den Leidensdruck der jungen Menschen und ihren Willen, für sich und künftige Generationen Verantwortung zu übernehmen. Es ist notwendig, dass Politik und Bildungseinrichtungen ihre Forderungen ernst nehmen und daraus Konsequenzen ziehen.

Die neue Bundesregierung hat stattdessen mit ihrem Koalitionsvertrag falsche Weichenstellungen, verabredet. Es ist mehr als scheinheilig, Länder und Kommunen zu höheren Bildungsinvestitionen aufzufordern und ihnen dafür gleichzeitig durch milliardenschwere Steuersenkungen die finanzielle Grundlage zu entziehen. Es reicht nicht, die „Bildungsrepublik“ auszurufen. Sie muss über einen tatsächlichen Bildungsaufbruch in konkreten Verbesserungen umgesetzt werden. Dies erfordert eine gemeinsame gesamtstaatliche Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen.

Für den notwendigen Bildungsaufbruch und für mehr Bildungsgerechtigkeit müssen jährlich rund 23 Mrd. Euro mehr aufgebracht werden. Dann erst wären die Bildungseinrichtungen in Deutschland im OECD-Vergleich (OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zumindest durchschnittlich gut finanziert. Um die Unterfinanzierung zu überwinden und Spielräume für Bildungsinvestitionen zu schaffen, brauchen wir u. a. eine teilweise Umwandlung des „Soli“ in einen Bildungssoli, eine Reform der Erbschaftsteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und einen Verbleib der Demografiereserve im Bildungssystem.

Unser Bildungssystem darf nicht länger Spitzenreiter in sozialer Auslese bleiben, sondern es muss individuelle Förderung, Chancengerechtigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten für alle ermöglichen. Wir wollen mehr Leistung und Gerechtigkeit durch Fördern statt Aussortieren. In einer Schule für alle lernen die Kinder länger gemeinsam und voneinander, stärkere wie schwächere Schülerin-

nen und Schüler profitieren gleichermaßen. Kinder dürfen nicht länger nach einer vierjährigen Grundschulzeit getrennt werden. Die frühe Trennung zementiert die Auswirkungen sozialer Herkunft für die Schülerinnen und Schüler und raubt ihnen Zukunftschancen.

In vielen Bundesländern ist durch eine schlecht gemachte Schulzeitverkürzung im Rahmen des G8 ein hoher Leistungsdruck geschaffen worden. Da der gleiche Unterrichtsstoff in weniger Schuljahren abgearbeitet werden muss, fehlt die Zeit für Vertiefung und die kritische Auseinandersetzung mit Lehrinhalten. Auch kulturelle, musische oder sportliche Interessen kommen zu kurz. Lehrpläne müssen zur Entlastung der Schülerinnen und Schüler entfrachtet werden. Schulen müssen zu echten Ganztagschulen mit zeitgemäßen Lern- und Lehrmethoden für selbstständiges Lernen entwickelt werden, in denen Rhythmisierung des Unterrichts und individuelle Förderung sowie vielfältige Lernangebote stattfinden können. Darüber hinaus müssen Schülerinnen und Schüler sowie Studierende bei den Reformen an ihren Bildungseinrichtungen über paritätisch besetzte Gremien demokratisch teilhaben können und stärker einbezogen werden.

An den Hochschulen müssen Lern- und Lehrbedingungen grundlegend verbessert und den Studierenden Zeit für ein selbstständiges Studium eingeräumt werden. Zugangshürden wie Studienplatzmangel, Studiengebühren und lokale Numerus clausus blockieren den Aufstieg durch Bildung für immer mehr Studienberechtigte. In einer Wissensgesellschaft wird eine höhere Absolventenquote der Hochschulen immer wichtiger. Daher muss die Durchlässigkeit von beruflicher zu akademischer Ausbildung dringend verbessert werden. Dafür ist der Zugang für beruflich Qualifizierte durch bundesweit einheitliche Zulassungskriterien zu erleichtern. Daneben ist es wichtig, endlich mehr junge Menschen aus Nichtakademiker-Elternhäusern für ein Studium zu gewinnen. Studiengebühren gehören abgeschafft bzw. deren Einführung verhindert.

Die Umsetzung der Bologna-Reform ist vielerorts misslungen. Wir brauchen dringend eine Reform der Reform, die handwerkliche Fehler rasch behebt. Wesentliche Reformziele wie mehr Mobilität der Studierenden, bessere Anerkennung von andernorts erbrachten Studienleistungen, geringere Abbrecherquoten, höhere Studienqualität und eine bessere Betreuung der Studierenden wurden nicht erreicht. Bund, Länder und Hochschulen stehen dafür gemeinsam in der Verantwortung. Sie haben dafür zu sorgen, dass die Zahl der Prüfungen abnimmt, Studiengänge tatsächlich studierbar sind, Verschulung und Arbeitsüberlastung zurückgenommen, die Gesamtdauer von Bachelor-Studiengängen flexibler gehandhabt und der Wechsel zwischen Hochschulen im In- und Ausland erleichtert wird. Auslandsaufenthalte, Praktika und freiwilliges Engagement müssen auch im Bachelor-/Master-System möglich sein. Dafür braucht es im Studium Zeit- und Mobilitätsfenster.

Aufgabe des Bundes und vor allem der Länder ist es, die notwendigen Veränderungen in der Studienstruktur durch die Bologna-Reform endlich angemessen zu finanzieren. Bund und Länder müssen gemeinsam eine Offensive für bessere Lehre und bessere Studienbedingungen starten, so dass die Qualität steigen und die Abbruchquote sinken kann. Den Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen soll die Möglichkeit eines Master-Studiengangs offenstehen. Auch deshalb brauchen wir einen ambitionierten Studienplatzaufbau.

Um die Hochschulen endlich stärker sozial zu öffnen, brauchen wir in den nächsten Jahren 500 000 zusätzliche Studienplätze und eine Verbesserung der staatlichen Studienfinanzierung. Mit den Mitteln, die die schwarz-gelbe Bundesregierung ins Nationale Stipendienprogramm stecken will, ließe sich das BAföG sofort um 10 Prozent erhöhen. Dadurch stünden mehr staatliche Mittel für Studienberechtigte aus einkommensarmen Haushalten zur Verfügung, für

die bisher aus finanziellen Gründen häufig kein Studium in Frage kommt. Die Bundesministerin für Bildung und Forschung muss ihrer Ankündigung einer BAföG-Erhöhung zügig einen konkreten Gesetzentwurf folgen lassen. Wir wollen die staatliche Studienfinanzierung zu einem Zwei-Säulen-Modell aus elternunabhängigen und bedarfsabhängigen Elementen weiterentwickeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit den Ländern die Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems zu überwinden und die Bildungsinvestitionen auf mindestens 7 Prozent des Bundesinlandsproduktes (BIP) zu steigern;
- dafür einzutreten, den Solidaritätszuschlag ab 2010 schrittweise in einen Bildungssoli umzuwandeln, indem die überschüssigen Einnahmen gezielt für Bildung eingesetzt werden;
- darüber hinaus die quantitativen Finanzierungsziele mit qualitativen, konkreten Verbesserungen und Zeitplänen gemeinsam verabreden;
- Pläne für Steuersenkungen zurückzunehmen, die die Finanzsituation der Länder und Kommunen nachhaltig aushöhlen und dringend notwendige Bildungsausgaben auf deren Seite unmöglich machen;
- mit den Ländern Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, das mit der Föderalismusreform geschaffene Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, damit Bund und Länder gemeinsam u. a. Mittel für echte Ganztagschulen bereitstellen und das Ganztagsschulinvestitionsprogramm fortsetzen können. Bevor das erfolgt ist, muss der Bund die Weiterentwicklung von Ganztagschulen zumindest mit der Finanzierung von Schulsozialarbeit fördern;
- zusammen mit Ländern und Hochschulen einen Bologna-Gipfel einzuberufen, bei dem Bund und Länder zusammen mit Studierenden und Lehrenden verbindliche Vereinbarungen für eine zweite Welle der Bologna-Reform treffen;
- mit Ländern und Hochschulen Korrekturen der Bologna-Reform umzusetzen, die zu einer Entfrachtung von Studienordnungen, einer tatsächlichen Studierbarkeit und zu Zeit- und Mobilitätsfenstern führen sowie Bachelorabsolventen ein Masterstudium ermöglichen;
- einen Pakt für Studierende aufzulegen, der in den nächsten fünf Jahren 500 000 zusätzliche Studienplätze bereitstellt, dabei die realen Kosten des Studienplatzausbaus und der Bologna-Reform berücksichtigt und den eklatanten Studienplatzmangel überwindet;
- eine Bund-Länder-Offensive für gute Lehre und Studienbedingungen auf den Weg zu bringen, um die Qualität des Studiums nachhaltig zu verbessern;
- umgehend einen konkreten Gesetzentwurf zur Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vorzulegen;
- sicherzustellen, dass eine Verbesserung des BAföG nicht zu Lasten der Wissenschaftspakte, insbesondere des notwendigen Ausbaus der Studienplatzkapazitäten geht;
- das BAföG zu verbessern anstatt ein Begabtenstipendienprogramm aufzulegen und eine BAföG-Erhöhung keinesfalls von der Zustimmung der Länder zum Stipendienprogramm abhängig zu machen;
- mittelfristig die staatliche Studienfinanzierung zu einem Zwei-Säulen-Modell mit einer elternunabhängigen und bedarfsorientierten Säule weiterzuentwickeln;

- die Auswirkungen von Studiengebühren im Rahmen der Bundeskompetenz für die Bildungsforschung regelmäßig im Rahmen eines Monitorings zu untersuchen.

Berlin, den 2. Dezember 2009

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion